

NEWSLETTER

FRANK JAHNKE

FÜR SIE. FÜR CHARLOTTENBURG.



SPD

Aktuelle Informationen von Frank Jahnke – Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
Oktober 2018

Aus dem Inhalt:

Editorial	1
<i>Unternehmensbesuche</i> Eröffnung des Berliner UbiSoft-Studios in Charlottenburg	2
<i>Rathaus-Dialog</i> Metropolen von Morgen	3
<i>Mein aktueller Ausstellungstipp</i> Neues auf dem Friedhof der Märzgefallenen	4
<i>Gewerkschaften</i> Betriebsrätekonferenz 2018	5
<i>Gewerbe und Kunst</i> Die Gerichtshöfe	6
<i>Kultur</i> Die Komödie am Kurfürstendamm neu im Schiller-Theater	7
Terminvorschau	8
Weitere Informationen	8



Alle sollen sich wiederfinden beim Fest der Deutschen Einheit. Deshalb werden alle Ortschaften ein Band durch Berlin bilden. Vorne: Michael Müller mit »Berlin«.
© Kulturprojekte Berlin, Foto: Ulf Büschleb

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr findet das zentrale Fest zur Deutschen Einheit am 3. Oktober in Berlin statt, da das Jahr der Bundesratspräsidentschaft von Michael Müller sich dem Ende zuneigt. Es ist ja eine ganz hübsche Tradition geworden, das Fest mit dem einst von Helmut Kohl schnöde verordneten Datum des 3. Oktobers, mit dem sich eigentlich sonst kein historisches Ereignis verbindet, durch alle Bundesländer rotieren zu lassen und dadurch den förderativen Charakter unseres Landes hervorzuheben. Es hat schon etwas Besonderes, wenn sich diesmal alle Bundesländer auf der großen Festmeile präsentieren und der zentrale Festakt in der Staatsoper Unter den Linden mit der Staatskapelle unter Leitung von Daniel Barenboim stattfindet.

Allerdings stellt sich jenseits der Feststimmung schon die Frage, wo sich das Land 28 Jahre nach der Wiederherstellung der Einheit politisch befindet. Insbesondere in den östlichen Bundesländern erfreut sich eine Partei wachsender Beliebtheit, die außer Fremdenfeindlichkeit kaum etwas Greifbares zu bieten hat, und wenn sie sich wirtschaftspolitisch äußert, dann ist es in der Regel noch marktliberaler und unsozialer als alles, was man selbst von der FDP kennt – so meine Erfahrungen mit der AfD im Abgeordnetenhaus. Wahlanalysen zeigen dann auch, dass die gängige These, Rechtspopulisten würden vorrangig deshalb gewählt, weil man sich »sozial abgehängt« fühle, keineswegs zutrifft. Die AfD wird auch in den alten Bundesländern gewählt, aber eine Landkarte mit ihren höchsten Stimmergebnissen bildet deutlich die einstige deutsche Teilung ab. Ich freue mich trotzdem, dass Mauer und Teilung schon 28 Jahre zurückliegen, doch politisch bleibt noch einiges zu tun!

Ihr/Euer

Eröffnung des Berliner UbiSoft-Studios in Charlottenburg

Vor kurzem eröffnete das neue Studio des Videospieleherstellers UbiSoft im ehemaligen Gebäude der Berliner Bank in meinem Wahlkreis. UbiSoft wurde 1986 von den fünf Guillemot-Brüdern in Paris gegründet und ist heute eine der großen Weltmarken in dieser Branche. Weltweit beschäftigt das Unternehmen 14000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Den mit Gaming vertrauten Leserinnen und Lesern wird UbiSoft einerseits durch Videospieleklassiker wie »Die Siedler«, »Anno« oder »Rayman«, andererseits durch die aktuelle »Assassin's Creed«-Reihe bekannt sein. Bei einem Unternehmensbesuch und der wenige Tage später erfolgten offiziellen Eröffnung des Studios konnte ich mir einen guten Eindruck von der neuen Berliner Niederlassung machen.



Karsten Lehmann (r.) und Istvan Tajnay (l.) führten mich durch das neue Berliner UbiSoft-Studio.

Foto: Dierk Spreen

Von einem Studio wird in der Gamebranche gesprochen, weil es in der Tat viele Ähnlichkeiten mit dem Film gibt. Auch ein Spiel hat eine Geschichte und eine Handlung. Setting, Verlauf, Figuren wollen geplant und abgestimmt werden. Moderne Spiele zeichnen sich durch sehr realistische Bewegungssimulationen aus, was wiederum das genaue Studium natürlicher Bewegungen erfordert. Besonders wichtig ist auch die Einbindung der Gaming-Community – ein Aspekt der bei UbiSoft groß geschrieben wird.

Dank der Unterstützung durch den Berliner Senat, Berlin Partner und die Bundesregierung »siedelt« UbiSoft also nun auch in Charlottenburg im ehemaligen Gebäude der Berliner Bank. Nach den Studios in Düsseldorf und Mainz ist das das dritte deutsche Ubi-

Soft-Studio. Bereits in den ersten 8 Monaten, die UbiSoft nun in Berlin arbeitet, konnte das selbst gesteckte Ziel, 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen, bereits um 40 Prozent übertroffen werden, wie mir Studio Manager Istvan Tajnay und Public Affairs Manager Karsten Lehmann erläuterten. Bis 2020 sollen es mindestens 150 werden. Ihre Arbeit können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um feste Kernzeiten herum selbst einteilen. Wichtig ist dem Unternehmen das vertrauensvolle Betriebsklima und der Teamgeist, der Ideen und Kreativität fördert. Natürlich hat das auch damit zu tun, dass sich eine solche Marke in einem qualifizierten und globalen Arbeitnehmermarkt aufstellen muss.

Wie UbiSoft Vorstand Yves Guillemot und Managing Director Benedikt Grindel in ihren Eröffnungsstatements deutlich machten, ist es ein Ziel des Unternehmens, dem weltweit viertgrößten Gamingmarkt, also Deutschland, auch auf der Produktionsseite die ihm gebührende Stellung zu verschaffen.



CEO Yves Guillemot (Mitte) zerschneidet zur Eröffnung symbolisch das Band.

Foto: Dierk Spreen

Bei der Entwicklung eines neuen Spiels oder der Erweiterung einer Reihe arbeiten mehrere der insgesamt vierzig weltweit verteilten Studios zusammen. Die Verkehrssprache innerhalb des Unternehmens ist daher englisch. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen aus aller Herren Länder, insbesondere finden Briten und Amerikaner Berlin sehr attraktiv.

In einem globalen Arbeitnehmermarkt bietet eine Stadt wie Berlin innovativen Unternehmen harte Standortvorteile beim Werben um qualifizierte Arbeitskräfte. Hier sind kulturelle Vielfalt, Urbanität und Weltoffenheit selbstverständlich. Diese Standortfaktoren geben Berlin eine gute Ausgangslage für den digitalen Strukturwandel, denn im Rahmen dieses Wandels werden gelebte Internationalität und Urbanität zu harten Standortfaktoren. Standortfaktoren, die es erlauben, Unternehmen anzusiedeln, die sichere, qualifizierte und gute Arbeitsplätze garantieren können.

Metropolen von Morgen

Am 17. September lud der Regierende Bürgermeister Michael Müller erneut zum Rathausdialog in den Festsaal des Roten Rathauses ein. Er diskutierte mit seinem Hamburger Kollegen Peter Tschentscher und dem Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel das Thema »Metropolen von Morgen«.

Joab Nist, Gründer und Betreiber des Blogs »Notes of Berlin«, eröffnete die Veranstaltung mit einem unterhaltsamen Vortrag. In seinem Blog postet er Bilder von Notizen, Anzeigen und kleinen Nachrichten, die in den Berliner Kiezen häufig als Kommunikationsmittel genutzt werden.

Auf diesen Zetteln zeigen sich die »Berliner Schnauze«, die Kreativität und die Buntheit der Stadt. Abschließend präsentierte Joab Nist zwar humoristische, aber auch durchaus ernst gemeinte Wohnungsgesuche und leitete so zum Hauptthema der Diskussion über.



Drei Bürgermeister in der Diskussion mit Moderatorin Bettina Rust.
Foto: Frank Jahnke

In den letzten sieben Jahren wuchs Berlin um jährlich ca. 40.000 Einwohnerinnen und Einwohner, also fast 300.000 neue Mitbürgerinnen und Mitbürger zusätzlich – das entspricht der Einwohnerschaft einer Großstadt oder eines dreizehnten Berliner Bezirks. Ein derartiges Wachstum stellt Metropolen vor große Herausforderungen. Michael Müllers Kollegen schilderten ganz ähnliche Entwicklungen aus Hamburg und Düsseldorf. Die Mieten steigen rasant, der Verkehr verdichtet sich, Schul- und Kita-Plätze reichen nicht mehr.

Es ist die Aufgabe der Politik, mit geeigneten Maßnahmen zu reagieren. Hierzu zählen unter anderem die Förderungen von städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften, Mietregulierungen oder Neubauten. Micheal Müller betonte, dass Ber-

lin als Land inzwischen alle Möglichkeiten ausschöpft – sei es über Milieuschutzgebiete oder über die eigenen Wohnungsbaugesellschaften. Es sei nun auch die Verantwortung der Bundesebene, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Er hob die herausragende Bedeutung dieses sozialpolitischen Themas hervor. Die SPD fordert einen Mietenzwang für die nächsten 5 Jahre, will das Bauen weiter fördern, Spekulationen stoppen und mehr Wohnraum für Studierende und Azubis schaffen. Dafür wurde eine Petition gestartet, die Sie gerne unterstützen können (Klick aufs Bild, QR-Code)

MIETENSTOPP JETZT!

1. MIETENSTOPP FÜR 5 JAHRE

2. BEZAHLBARE
WOHNUNGEN BAUEN,
BAUEN, BAUEN

3. SCHLUSS MIT SPEKULATION
AUF WOHNUNGEN ODER
BAUGRUNDSTÜCKE

4. MEHR WOHNRAUM FÜR
STUDIERENDE UND AZUBIS

SPD

Weiterhin muss der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut werden. Auch Zukunftskonzepte der Sharing Economy können in diesem Zusammenhang diskutiert werden. So könnten beispielsweise die Wege zu den Bahnhöfen schneller bewältigt werden. Sofern der Nahverkehr eine gute Alternative zum Auto darstellt, wird er von mehr Menschen genutzt. Die Nutzung von U- und S-Bahnen, die der E-Mobilität zugerechnet werden können, hat wiederum weniger Lärm und eine bessere Luft zur Folge.

Berlin ist ähnlich wie Hamburg und Düsseldorf eine boomende Stadt. Es war äußerst spannend, diesen Austausch dreier Bürgermeister zu verfolgen, die einerseits die Chancen und Herausforderungen erkennen und andererseits stets die soziale Situation der Einwohnerinnen und Einwohner ihrer Städte zum Leitfaden ihrer Politik machen.



Neues auf dem Friedhof der Märzgefallenen

Zu den wichtigsten Orten der bürgerlichen Revolution von 1848, die es in Deutschland überhaupt noch gibt, gehört zweifellos der Friedhof der Märzgefallenen.

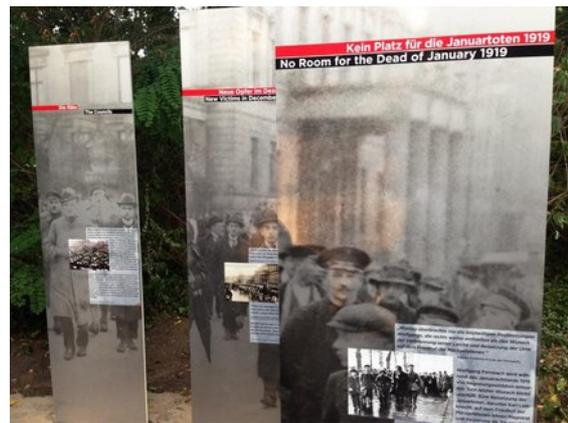
Damals noch vor den Toren der Stadt, war 1840 anlässlich des 100. Jahrestages der Thronbesteigung Friedrichs II. der Friedrichshain als erster öffentlicher Park angelegt worden. Acht Jahre später brach auch in Preußen die Märzrevolution aus, und in den Straßen Berlins rund um das Schloss kam es am 18. und 19. März 1848 zu Barrikadenkämpfen mit 255 Toten unter den Aufständischen. Es starben bei den Kämpfen auch zwanzig preußische Soldaten, die auf dem Invalidenfriedhof beerdigt wurden, doch die 255 Opfer aus der Bevölkerung wurden am Rande des Friedrichshains beigesetzt. Dieser Friedhof der Märzgefallenen wurde im Folgenden zu einem Ort des Gedenkens, aber auch wiederholt zu einem Ort von Demonstrationen für Freiheit und Bürgerrechte – erstmalig bereits im Juni 1848.



Gedenkstättenleiterin Dr. Susanne Kitschun, MdA, mit den Kuratoriumsmitgliedern und ehemaligen Regierenden Bürgermeistern Eberhard Diepgen und Walter Momper vor den soeben enthüllten Informationstafeln.
Foto: Frank Jahnke

Im Zuge der Novemberrevolution 1918 gab es erneut Tote auf den Straßen Berlins, weitere im Dezember 1918, die ebenfalls auf dem Friedhof der Märzgefallenen bestattet wurden. Karl Liebknecht, der bei diesen Beisetzungen noch gesprochen hatte, wurde wenige Wochen später ebenso wie Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 von Freikorps ermordet, aber nicht auf dem Friedhof der Märzgefallenen beigesetzt, sondern auf dem Friedhof

in Friedrichsfelde, der daraufhin zum »Friedhof der Sozialisten« wurde.



Die Metallstelen der Dauerausstellung.
Foto: Frank Jahnke

Auf dem Friedhof der Märzgefallenen erinnert jetzt eine neue Dauerausstellung an die Ereignisse Ende 1918/Anfang 1919 auf sieben Metallstelen, die im September mit einer kleinen Feier eröffnet wurde. Der ehemalige Regierende Bürgermeister Walter Momper, Kuratoriumsvorsitzender des Trägervereins der Gedenkstätte »Paul Singer e.V.«, war ebenso anwesend wie sein Amtsvorgänger und -nachfolger Eberhard Diepgen sowie der kurzzeitige DDR-Ministerpräsident Hans Modrow und auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs, Vorsitzender des auch heute noch bestehenden »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold«. Um Deutungshoheit ging es beim Friedhof der Märzgefallenen schon immer – spätestens jedenfalls, seit er Begräbnis- und Gedenkstätte zweier verschiedener Revolutionen wurde. Die Gestaltung aus DDR-Zeiten mit großen Granitplatten, auf denen Zitate von Walter Ulbricht und anderen zu finden sind, ist auch noch vorhanden, doch eine Weiterentwicklung des Gedenkortes mit einem neuen Ausstellungsgebäude ist in Planung. Im Übrigen versucht sich die AfD daran, die Revolution von 1848 für sich zu vereinnahmen. Mit dem Gedenken an die Novemberrevolution möchte sie allerdings nichts zu schaffen haben. So weit reicht der Geschichtsrevisionismus dann wohl doch nicht.

Umso wichtiger ist es, dass die neue Dauerausstellung – neben den sehr fundierten Informationen im Ausstellungspavillon zu 1848 – nun auch die Zeit 1918/1919 entsprechend würdigt.

Ausstellung Revolution 1918/19, Friedhof der Märzgefallenen,
Ernst-Zinna-Weg 1, 10249 Berlin,
Do bis Di 10 – 18 Uhr, Eintritt frei

Betriebsrätekonferenz 2018

Am 24. September lud die SPD-Bundestagsfraktion erneut zur Betriebs- und Personalrätekonferenz in den Otto-Wels-Saal im Reichstagsgebäude. Zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nutzten die Chance, um sich nicht nur zu informieren, sondern um selbst wiederum dringliche Problem- und Fragestellungen gegenüber der SPD-Fraktion im Bundestag zu kommunizieren.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Tack leitete die Konferenz, die diesmal unter dem Leitthema »Arbeitszeit – Lebenszeit« stand, sogleich mit einem Hinweis auf die veränderte Tagesordnung ein. Diese war natürlich dem von CSU-Innenminister Horst Seehofer ausgelösten Skandal um den ehemaligen Leiter des Bundesverfassungsschutzes Dr. Hans-Georg Maaßen geschuldet. Mit der Gesamtsituation kann man nur »alles andere als zufrieden« sein, wie es Kerstin Tack dann auch formulierte. Bei ihrem späteren, kurzen Statement bestätigte die Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles diese Sichtweise.



Seehofer'sche Krisen führen zu Stippvisiten: Andrea Nahles im Gespräch. Im Hintergrund links Prof. Dr. Beate Beermann, rechts hinten Kerstin Tack. Links neben Nahles Roman Zitzelsberger, rechts neben ihr Katja Mast, MdB.

Foto: Dierk Spreen

Prof. Dr. Beate Beermann von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA) informierte über den Sachstand im Hinblick auf Sicherheit, Gesundheit und Gestaltung der Arbeit. Dabei spielen eine Reihe neuer Faktoren eine Rolle, die mit der Flexibilisierung zu tun haben und gesund-

heitsbelastende psychische Auswirkungen haben können. Hervorgehoben wurden ständige Erreichbarkeit (durch Mails, WhatsApp-Gruppen oder Mobiltelefone), Arbeit auf Abruf, »Pendeln« und Überstunden.

Der Bezirksleiter der IG-Metall Baden-Württemberg Roman Zitzelsberger betonte die tarifpolitischen Erfolge und forderte weitere Schritte für mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit. Ziel muss es sein, wirtschaftliche Flexibilität und selbstbestimmte Arbeitszeit zu verbinden. In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde deutlich, dass es auch eines international verbindlichen Rahmenwerks zur Gestaltung der Arbeitszeit bedarf.



Strenger Blick, aber gute Ideen: Der SPD-Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil.

Foto: Dierk Spreen

Gute ökonomische Kennzahlen, so Hubertus Heil, sagen bei weitem nicht alles. Vielmehr gehe es darum, die gute Lage zu nutzen, um Probleme anzugehen, insbesondere die Langzeitlosigkeit, die zum Teil gravierenden regionalen Unterschiede bei der Beschäftigung, die Rückkehr aus der Teilzeit oder das Problem der Rahmenfrist, das dazu führt, dass wiederholt kurzfristig Beschäftigte zwar ständig in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, aber nie etwas herausbekommen, sondern immer gleich mit Hartz IV traktiert werden. Ziel seines Maßnahmenpakets ist es, solche Problembereiche abzubauen und insbesondere für Langzeitarbeitslose nachhaltige Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bereitzustellen.

Insbesondere gelte es, so Heil, die Auswirkungen der Digitalisierung genau im Auge zu behalten. Gerade im Hinblick auf die sog. »Plattformökonomie« wird häufig »Digitalisierung« gesagt, aber »Ausbeutung« ist gemeint.

Die Gerichtshöfe

Die Industriestadt Berlin ist sicherlich geprägt worden durch die riesigen Areale von Großunternehmen wie Siemens, AEG oder Borsig – in Siemensstadt wie am Gesundbrunnen, in Schöneweide ebenso wie in Tegel, Spandau oder Tempelhof. Doch zeugen von Berlins langjähriger industrieller Geschichte genauso die zahlreichen Gewerbehäuser in Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Schöneberg oder Neukölln, wo die typische Berliner Mischung aus Wohnen und Gewerbe bis in die Hinterhöfe erlebbar ist. Zum Teil werden diese markanten Bauten auch heute noch industriell und handwerklich genutzt, oft aber auch kombiniert mit Kreativwirtschaft und Kultur.

Gerade am Wedding gibt es mehrere solcher Gebäudekomplexe, in denen frühere Produktion nicht mehr fortgeführt werden konnte, und heute eine Mischung aus Gewerbe und kultureller Nutzung ganz neue Perspektiven bietet. Bekannte Beispiele sind das »ExRota-print«-Gelände, wo vor dreißig Jahren noch Druckmaschinen hergestellt wurden, oder die »Uferhallen«, ein Kulturstandort in einem einstigen BVG-Betriebshof.



Ein Blick in die Gerichtshöfe.
Foto: Frank Janke

Ein Quartier etwas anderer Art sind die »Gerichtshöfe«, deren Name sich von der Gerichtstraße ableitet, an der die Höfe auf der einen Seite liegen. Es handelt sich um mehrere ineinander übergehende Gewerbehöfe, die unter Denkmalschutz stehen und kurz vor dem 1. Weltkrieg für eine vielfältige gewerbliche und handwerkliche Nutzung auf dem Areal einer einstigen chemischen Fabrik errichtet wurden. Bis heute produzieren hier

eine Schlosserei, eine Tischlerei und weitere Unternehmen, die mitunter Lärm verursachen, aber in den Gewerbehöfen gut von der umliegenden Wohnbebauung abgeschirmt sind.



Die Wahlkreisabgeordnete Dr. Maja Lasić zu Besuch in den Gerichtshöfen bei Tischlermeister Christoph Rüter von der Tischlerei »Cabinet«.

Foto: Frank Jahnke

Seit den 80er Jahren sind verstärkt auch bildende Künstlerinnen und Künstler mit ihren Ateliers in die früheren Gewerberäume eingezogen und führen dort eine produktive Koexistenz mit den Betrieben. Auch einige kulturnahe Handwerker wie z. B. ein Geigenbauer aus der Schweiz haben in den Gerichtshöfen Gewerbeflächen zu sehr moderaten Mietpreisen gefunden. Insgesamt gibt es dort etwa 70 Mietparteien aus Gewerbe und Kultur.



Die Künstlerin Susanne Schirdewahn in ihrem Atelier in den Gerichtshöfen.

Foto: Frank Jahnke

In jüngster Zeit kam es jedoch zu einer Auseinandersetzung zwischen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GESOBAU AG, der die Gerichtshöfe gehören, und den bisherigen Mieterinnen und Mietern über die Schaffung

von Wohnraum in den Höfen. Die GESOBAU stellte sich auf den Standpunkt, dass in der wachsenden Stadt Berlin zusätzlicher Wohnraum dringend benötigt wird und auch ein Gewerbehof hierfür nicht tabu sein dürfe. Die Gewerbetreibenden und Kunstschaffenden sehen sich jedoch von Verdrängung bedroht. In der Tat kann ich als Wirtschaftspolitiker nur bestätigen, wie sehr die sog. »heranrückende Wohnbebauung« in verschiedenen Quartieren der Stadt zur Bedrohung für Gewerbe wird. Von daher erschien die Vorstellung, eine Wohnnutzung mit ihren viel strengeren Lärmschutzerfordernissen mitten in einen Gewerbehof zu holen, keine besonders gute Idee.

Es fand ein Mediationsverfahren statt, die Politik auf Bezirks- und Landesebene schaltete sich ein, ich führte auch etliche Gespräche, und nun scheint endlich ein gangbarer Kompromiss in Sicht: Auf einem Teil des Geländes, wo durch Kriegszerstörungen ein Gebäuderiegel fehlt, könnte ein Neubau für studentisches Wohnen entstehen. Dieser wäre akustisch von den übrigen Höfen weitgehend isoliert, so dass eine Beeinträchtigung durch produzierende Unternehmen vermieden werden könnte. Die GESOBAU hat im Übrigen auch zugesagt, keiner der bisherigen Mieterinnen und Mieter müsse eine Kündigung befürchten. Wir werden ein wachsames Auge darauf haben, dass diese Zusagen ihre Gültigkeit behalten!

Kultur

Die Komödie am Kurfürstendamm neu im Schiller-Theater

Nachdem Ende Mai in der Komödie und im Theater am Kurfürstendamm die letzten Vorhänge gefallen sind, wurde nun der Spielbetrieb im Gebäude des Schiller-Theaters in der Bismarckstraße aufgenommen. Niemand kann heute schon genau sagen, wie lange die »Komödie am Kurfürstendamm« – so der offizielle Name der beiden nun fusionierten Theater – im Schiller-Theater gastieren wird, ehe ihr Neubau am Kurfürstendamm fertig gestellt ist. Doch auf jeden Fall wird ein neues Kapitel Berliner und insbesondere Charlottenburger Theatergeschichte geschrieben.

Dies wurde bereits beim »Willkommensfest« am 16. September deutlich, als etliche Prota-

gonisten der Kudamm-Theater mit kurzen Beiträgen auf der Bühne des Schiller-Theaters auftraten. Etliche von ihnen hatten auch schon das Ende des Schiller-Theaters als eigenständige Bühne aktiv miterlebt, das 1993 in einer ersten Sparwelle infolge der Wiedervereinigung geschlossen worden war. Seinerzeit gab es zahlreiche Proteste, ein solch traditionsreiches Haus, zu dessen Ensemble Theatergrößen wie Bernhard Minetti oder Martin Held gehört hatten, einfach zu schließen, doch der Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen und Kultursenator Ulrich Roloff-Momin ließ sich nicht davon abhalten.



Das Schiller-Theater mit dem Schriftzug der neuen Bühne.

Foto: Frank Jahnke

Die Schauspielerin Katherina Thalbach, die ursprünglich aus der DDR gekommen war, gehörte Anfang der neunziger Jahre zum Ensemble des Schiller-Theaters, so wie sie auch in den vergangenen zwanzig Jahren regelmäßig auf den Kudamm-Bühnen zu sehen war. Sie las beim »Willkommensfest« aus der Autobiographie der ebenfalls berühmten Schauspielerin Trude Hesterberg und bekannte, dass sie 1993 unter Tränen vom Schiller-Theater hatte Abschied nehmen müssen, jetzt im Mai auch von den Bühnen am Kurfürstendamm, aber nun froh sei, wieder auf der Bühne des Schiller-Theaters spielen zu können.

Der Liedermacher und Chansonnier Klaus Hoffmann trat bei dem Eröffnungsfest mit Liedern von Jacques Brel auf, die er ins Deutsche übersetzt und auch bereits Anfang der neunziger Jahre erstmals im Schiller-Theater dargeboten hatte. Auch er schlug den Bogen von jener Zeit damals zur temporären Wiedernutzung des traditionsreichen Hauses als Theater, nachdem es in den vergangenen Jahren als Ausweichspielstätte der Staatsoper Unter den Linden gedient hatte.

Die Eröffnungspremiere der Komödie am Kurfürstendamm im Schiller-Theater fand dann eine Woche später mit dem Stück »Willkommen bei den Hartmanns« statt, einer Bühnenadaption des Kinoerfolgs von 2016. Die Hauptrollen spielten Gesine Cukrowski und Rufus Beck als Ehepaar Hartmann sowie Marion Kracht, die schon oft an den Kudamm-Bühnen zu sehen war, als durchgedrehte Freundin der Familie – sehr gut auch der amerikanische Schauspieler Quatis Tarkington in der Rolle des Flüchtlings Diallo Makabouri.



Nach der Eröffnungspremiere präsentiert sich Intendant und Regisseur Martin Woelffer mit Autor und Darstellern dem Publikum: Martin Woelffer, Autor John von Düffel, Marion Kracht, Pia-Micaela Barucki, Quatis Tarkington, Gesine Cukrowski, Rufus Beck, Jonathan Beck (von links nach rechts).
Foto: Frank Jahnke

Bei der Premiere war das Schiller-Theater brechend voll, doch es bleibt natürlich eine Herausforderung für Intendant Martin Woelffer, der auch Regie führte, auf längere Zeit ein deutlich größeres Haus zu bespielen, als es seine Bühnen am Kurfürstendamm waren. Hierfür sei ihm an dieser Stelle eine glückliche Hand und viel Erfolg gewünscht!



Blick in das Schiller-Theater.
Foto: Frank Jahnke

Terminvorschau

- | | |
|--------------|--|
| 9. Oktober | 18-19 Uhr,
Bürgersprechstunde
Frank Jahnke, MdA,
in der Goethe15 |
| 17. Oktober | ab 17 Uhr,
Tür-zu-Tür-Gespräche in
der Knesebeckstraße |
| 30. Oktober | 17-18 Uhr,
Rechtsberatung in der
<i>Goethe15</i> durch RA
Alexander Rudolph.
Anmeldung erbeten |
| 8. November | 18-19 Uhr,
Bürgersprechstunde
Frank Jahnke, MdA,
in der Goethe15 |
| 23. November | 19:00 Uhr,
Eröffnung der Ausstellung
»Befreite Farbe« des
Künstlers Gotthard Krupp
in der Goethe15 |
| 29. November | ab 19 Uhr,
FRANK JAHNKE.
CHARLOTTENBURGER
GESPRÄCHE. |
- mit Europawahlkandidatin
der SPD, Gabriele Bischoff,
über die Zukunft Europas

Weitere Informationen

- zu meiner Tätigkeit finden sich auf meiner Homepage: www.frank-jahnke.de
- zur Arbeit der Abgeordnetenhausfraktion auf: www.spdfraktion-berlin.de



Jederzeit stehe ich nach Terminvereinbarung gerne für ein Gespräch zur Verfügung:

- Tel.: 030.3138882
- Email: wahlkreisbuero@frank-jahnke.de

Bitte senden Sie eine Mail, wenn Sie den Newsletter online beziehen möchten.

Öffnungszeiten (SPD-Wahlkreisbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin): Mo-Fr, 14-18 Uhr.

V.i.S.d.P.: MdA Frank Jahnke, Wahlkreisbüro,
Goethestr. 15, 10625 Berlin.